

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Pandoret in Nassau“

Erscheint 2 mal täglich, aus Montag früh. — Bezugspreis: Wochen monatlich 1.50 M., vierteljährlich 3.50 M., durch Träger und außer. Vertretungen frei ins Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Postgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikolausstr. 21. Fernruf Nr. 2045, 2046, 2047. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 20 Pf., Neckargebiet 1. — 20 Pf.; außerhalb 20 Pf., Neckargebiet 1.50 M. Zeitungspreis a. Nacht laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 631

Donnerstag, 12. Dezember 1918.

72. Jahrgang.

Erlogene Anschuldigung gegen die Großindustriellen.

Dortmund, 12. Dez. (Wolff-Tele.)

Ein Kriminalbeamter aus Berlin und ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates aus Wülheim waren heute hier, um die Angelegenheit Thüßen und Stinnes zu untersuchen. Der Urheber der Anschuldigungen ist ein Kellner namens Boersch. Dieser ist Schriftführer des Sicherheitsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates in Dortmund. Bei der heutigen Vernehmung gab Boersch an, daß er die Anschuldigungen erdichtete. Daraufhin wurde Boersch verhaftet.

Es wird Zeit, daß die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte ihre Regierungsfähigkeit erweist. Seit länger als vier Wochen leben wir in einer chaotischen Wirtschaft. Reden, Fälschungen, Verordnungen — Verordnungen, Fälschungen, Reden, das ist alles, was bis jetzt beim neuen Regiment, das weiter nichts ist als eine Kassenkassette, herausgekommen ist. Der Anarchismus wächst von Tag zu Tag, Plünderungen, Verschleuderung von öffentlichen Geldern, Vergewaltigungen von Zeitungen, und jetzt diese toten Verhaftungen auf die Füße eines von Kassenkassette erfüllten Mitgliedes des Sicherheitsausschusses in Dortmund hin. Wenn es nicht das unter der Kontrolle des A- und S-Rates stehende Wolffsche Büro wäre, das diese Meldung verbreitet, würden wir eine solche leichtfertige Verhaftung, die eine Vergewaltigung der persönlichen Sicherheit ist, nicht für möglich gehalten haben. Versteht die Berliner Regierung nicht mit den A- und S-Räten die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, dann darf sie sich über Welterkennungsforderungen einzelner Landesstellen nicht wundern. Darum ist es die allerhöchste Zeit, daß Ordnung in das Chaos kommt, sonst sind Deutschland und das deutsche Volk verloren. Es gibt nur eine Hilfe: schnelle Einberufung der Nationalversammlung; wenn das nicht geht, Anerkennung und sofortige Einberufung des alten deutschen Reichstags.

Freilassung der verhafteten Industriellen.

Die wegen angeblichen Hochverrats verhafteten Großindustriellen August Thüßen, Fritz Thüßen, Eduard Stinnes, Direktoren Herse, Beder, Wirth, Kommerzienrat Kücken und Alfred Stens sind auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern gestern freigelassen worden, da die gegen sie vorgetragenen Beschuldigungen nicht aufrecht zu halten waren.

Zur Freilassung der weisfälligen Großindustriellen sagt die „Börsezeitung“: Wie man auch innerpolitisch zu den widerrechtlich Verhafteten stehen mag, so muß doch jeder billige Denker es als einen Skandal bezeichnen, daß deutsche Bürger auf die Angaben eines Kellners hin unter dem Verdachte des Hochverrats tagelang in Haft gehalten wurden.

Colin Roth aus der Haft entlassen.

Berlin, 12. Dez. (Wolff-Tele.)

Das frühere Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates Colin Roth ist aus der Haft entlassen worden, nachdem sich die Haftlosigkeit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen herausstellte.

K. Rotterdam, 12. Dez. (Eig. Tel.)

„Daily Express“ meldet aus Paris: Der Alliiertenrat in Versailles betrachtet bis zum Zusammenritt der deutschen Nationalversammlung den deutschen Reichstag als den einzigen gesetzlichen Faktor in Deutschland, mit dessen Vertretern die Alliierten verhandeln könnten. Auch Amerika teilt diese Auffassung.

K. Rotterdam, 12. Dez. (Eig. Tel.)

„Daily Mail“ meldet aus New-York: Die New-Yorker Börse liegt unter dem Eindruck der Nachrichten von der Verschleuderung des deutschen Staatsbargeldes an die ungesetzlichen Inhaber des Arbeiter- und Soldatenrates und fordert die Beschlagnahme des Staatsbargeldes durch die Alliierten bis zum Wiederzusammenritt einer gesetzlichen Volksvertretung.

S. Berlin, 12. Dez. (Eig. Tel.)

Die Annahme, daß die Entente für ihre weiteren Verhandlungen mit Deutschland eine andere von dem Willen des ganzen Volkes getragene Regierung in einem Ultimatum verlangen werde, habe nach allen in den letzten Stunden aus dem Auslande kommenden Meldungen die Wahrscheinlichkeit für sich. Auch die in Berlin weilenden Entente-Kommissionen deuten offen diese Möglichkeit an.

K. Rotterdam, 12. Dez. (Eig. Tel.)

Die „Morning Post“ meldet: Die Alliierten verlangen die Rückzahlung der an die Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland ohne Zustimmung des deutschen Parlaments gezahlten Staatsgelder.

Berlin, 11. Dez.

Der Reichsleitung und dem Reichsannte des Innern gehen täglich und allen Teilen des Reichs und der noch besetzten Gebiete von größeren und kleineren Körperschaften, von Parteien, von Arbeiter- und Soldatenräten usw. hunderte von Depeschen zu, mit dem dringenden Wunsch, den Zeitpunkt für die Nationalversammlung wesentlich früher, spätestens bis Mitte Januar, anzusetzen.

Neuregelung des preussischen Staatsgebildes.

Die Reichsregierung verweist folgende Kundgebung:

Am 4. Dezember forderten in zwei Versammlungen in Köln unter Führung ehemaliger Zentrumsgesandten die „anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien im Rheinland, in Westfalen und in anderen Ländern am Rhein“ auf, die Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörenden selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten. Die unterzeichneten Volksbeauftragten halten es demgegenüber für ihre Pflicht, zu betonen, daß das Ziel der großen deutschen Volksbewegung im November nicht die Abtrennung oder Selbständigmachung ehemaliger Teile des Reichs oder Preussens vom Gesamtgebiet ist, sondern die kraftvolle Zusammenfassung und die Vereinigung aller Reichsteile zu einem Gemeinwesen, das die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen deutschen Republik einheitlich und vollstänlich regelt. Wie diese Aufgaben mit selbstverständlicher Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Reichsteile zu lösen sind, das wird durch die von der Reichsleitung einberufene deutsche Nationalversammlung und die von ihr schließende Reichsverfassung entschieden werden. Dabei wird auch das künftige Schicksal des preussischen Staates endgültig bestimmt werden. Die Neuregelung seines Staatsgebietes dürfte durchaus im Gange der wahren gemeinsamen Entwicklung liegen. Hierbei verfassungsmäßig mitzuwirken, sind diejenigen „anerkannten Vertreter des Volkswillens“ berufen, die auch im Rheinland und Westfalen unter dem freien Wahlsrecht der Welt zur Nationalversammlung entsendet werden. Auf entschiedener aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Verwahrung ein gegen Behauptungen, wie sie in Köln lautete, tröten. Die Einheitlichkeit des Reichs wird nicht „gemindert“, sondern geschützt durch die völlig grund- und beweiskräftigen Behauptungen, es bestehe die „völlige Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen“; vielmehr sind die Kölner Reichsteile einseitig und im höchsten Grade geeignet, die Zusammenfassung aller Kräfte der Heimat in dieser schweren Ueberwachungszeit vom Krieg zum Frieden ganz erheblich zu hindern und zu schwächen. Die Volksbeauftragten sind deshalb gewiß, daß auch im Rheinland und in Westfalen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich entschlossen gegen jeden Versuch zur Abtrennung wendet. Wir fordern die Bevölkerung des gesamten Deutschen Reichs und ihrer provisorischen politischen Behörden auf, sich wie ein Mann mit uns zur Abwehr aller Versplitterungsversuche offener oder versteckter Art zu vereinigen und dementsprechend zu handeln.

Berlin, 11. Dezember 1918.

Die Volksbeauftragten: Ebert, Haase, Landsberg, Barth, Dittmann, Scheidemann, Dr. Preuß, Staatssekretär.

Aus dem Berliner Volksrat.

In der gestrigen Sitzung des Berliner Volksrates wurde mitgeteilt, daß sich in Berlin unter Führung des Hauptmanns Lorenz vom Kriegsministerium eine gegenrevolutionäre Studentenwehr gebildet hat. Hauptmann Lorenz ist verhaftet. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß die einrückenden Gardebataillonen völlig in den Händen ihrer Offiziere sind, die erkläre, sie würden in Berlin mit Plebisziten und seinen Feinden aufkommen. Die aktiven Offiziere händen auf Seiten der Offiziere. Gegen das Mitglied des Volksrates Möllers wurde eine schwere Vorwürfe erhoben. Ein Mitglied wendet sich gegen die Weiterentwicklung und rügt, daß die Teilnehmer der Sitzungen in Staatskarossen hinfahren. Ein anderes Mitglied fordert den Austritt aller soldatischen Mitglieder des Volksrates. In der Tagesordnung für die Sitzung der A- und S-Räte Deutschlands soll der Punkt Nationalversammlung oder Reorganisation beibehalten werden. Bekanntlich fällt auf dieser Tagung die eigentliche Entscheidung über die Nationalversammlung.

Vereidigung auf die deutsche Republik.

Berlin, 12. Dez.

Im Anhangsannte des Reichsfinanzministeriums wurden gestern Abend die Vertreter der 4. Garde-Infanteriebrigade durch den Volksbeauftragten Ebert für die Republik verpflichtet. Die Volksbeauftragten und der Kriegsminister wohnten dem Akt bei. Die Soldatenräte der deutschen Infanteriebrigade und des Infanterie-Regiments 159, die gestern in Berlin eintrafen, erklärten eine Erklärung, der zufolge sie und alle ihre Kameraden tren zur Regierung Ebert-Haase stehen, die sie nach allen Kräften unterstützen werden, um Ruhe und Ordnung im Lande zu erhalten.

Bewunderung für die deutschen Schiffe.

Berlin, 11. Dez.

Von Angehörigen der aus Scapa-Flow zurückkehrenden Transportdampfer wird berichtet: Die deutschen Schiffe wurden unter strengster Bewachung in Scapa-Flow interniert. Ein Verkehr zwischen den deutschen und englischen Schiffen wurde nicht gestattet, ebenso wenig der Verkehr zwischen den deutschen Schiffen untereinander, außer einem geringen Signalverkehr. Die deutschen Schiffe wurden genau untersucht. Die amerikanischen Vertreter äußerten ihre Bewunderung über die deutschen Schiffshäuten, besonders über die Panzerkreuzer und das Linien Schiff „Bayer“. In der ganzen alliierten Flotte gäbe es kein einziges so vorzügliches Schiff, wie diesen deutschen Linien-Schiff. Technische Bewunderung wurde den modernen deutschen Schiffen gezollt.

Erkrankung der Kaiserin.

Saar, 11. Dez.

Die „Pet Vaterland“ meldet, ist die frühere deutsche Kaiserin in Amerongen an einem Herzleiden sehr ernstlich erkrankt. Ein Berliner Arzt wurde telegraphisch nach Amerongen gerufen.

Aus dem Befehungsgebiet.

Mainz. Ein Infanterie-Regiment mit leichter Maschinengewehrabteilung veranlaßte unter Vorantritt einer Musikkapelle einen Umzug durch die Stadt.

Worms. 200 Franzosen übernahmen den Post- und Telegraphen-Verkehr. Der Brückenverkehr ist zunächst gesperrt.

Aus Rheinhessen. Wie in der Pfalz, so haben auch in ganz Rheinhessen die Franzosen den Preis für ein Liter Wein auf 1.00 M. festgesetzt. Händler bezahlen für das Stück mit 2.50 M. Den Franzosen bewerteten sie mit 55 Pf.

Saarbrücken. Die französische Militärverwaltung hat über die hiesigen Zeitungen die Zensur verhängt. Die „Saarbrücker Neuesten Nachrichten“ (Industrieorgan) sind vom französischen Oberkommando für eine Woche verboten worden.

Düsseldorf, 12. Dez. (Wolff-Tele.)

Die bisherigen Kölner Schnellzüge nach Berlin und Hamburg werden jetzt von Düsseldorf abgelassen. Auf der Düsseldorf-Rheinstraße, die durch Stahelbrück verläuft, sind die belgischen Wachen bis nahe an den rechtsrheinischen Ausgang vorgeschoben worden. In dem belgischen linksrheinischen Stadtgebiet von Düsseldorf sind die belgischen Bestimmungen verschärft worden; u. a. ist jetzt auch für die männliche Bevölkerung die Grundpflicht gegenüber den belgischen Offizieren eingeführt. Das Ueberfahren der Rheinbrücke ist jetzt in gewissem Umfang erleichtert, da der Bürgermeister von Oberkassel ermächtigt wurde, Passierscheine auszustellen. Allerdings trägt der Bürgermeister nunmehr die volle Verantwortung, daß mit den Passierscheinen kein Mißbrauch getrieben wird.

Belgische Ausschreitungen in Aachen?

Amsterdam, 11. Dez.

Wie die sozialdemokratische Zeitung „Het Volk“ aus Brüssel meldet, haben am Sonntag Abend belgische Soldaten in Aachen schwere Ausschreitungen begangen. Sie plünderten Kaufhäuser, mißhandelten Bewohner und erschossen einen Journalisten. Französische Soldaten stellen die Ordnung mit Waffengewalt wieder her.

Die „Köln. Volkszeit.“ erfährt aus politischen Kreisen: Blättermeldungen zufolge beabsichtigt der Bierverband Truppen zur Verrichtung des Polizeidienstes nach Berlin zu schicken. In jedem Falle ist mit der Möglichkeit des Einmarsches von Verbandstruppen in Berlin zu rechnen. Wie das Blatt weiter erfährt, wird in Kreisen der Reichsregierung befürchtet, daß der Bierverband ein Ultimatum stellen wird, damit auf einer gleichmäßigen Grundlage Ruhe und Ordnung wiederhergestellt werden. Andernfalls sollen die Amerikaner Berlin mit drei Armeekorps besetzen. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß dieses Ultimatum des Bierverbandes sehr kurzfristig sein wird, so daß die erst noch zu wählende Nationalversammlung nicht abgewartet werden kann.

Danzig. Die beiden englischen Hilfskreuzer „Coven-trin“ und „Centaur“ verließen heute mittag den Danziger Hafen. Zu gleicher Zeit traf der berühmte Hilfskreuzer „Blower“, von Libau kommend, mit Truppen und Flugzeugen an Bord im Hafen Neu-Fahrwasser ein. Morgen werden größere Transporte deutscher Truppen aus Rußland erwartet.

Die deutschen Truppen in der Ukraine.

Mannheim, 12. Dez. (Wolff-Tele.)

Auf eine Anfrage eines Mannheimer Bürgers an Generalfeldmarschall v. Hindenburg über das Schicksal der noch in der Ukraine hegenden deutschen Truppen läßt Generalfeldmarschall v. Hindenburg mitteilen, daß Grund zur Besorgnis wegen der Rückkehr unserer Truppen aus der Ukraine nicht vorhanden ist. Die Heimbeförderung ist im Gange. Die 212. Infanteriedivision hat bereits mit der Spitze Deutschland erreicht, die 7. Landwehrdivision und die 2. Kavalleriedivision folgen. Bis alle nach Deutschland zurückgeführt sind, werden allerdings voraussichtlich noch zwei Monate vergehen.

Madsens Rückmarsch.

Berlin, 12. Dez. (Wolff-Tele.)

Odessa wird in diesen Tagen geräumt. Die Heeresgruppe Madsen ist ihren Rückmarsch planmäßig fort.

Dr. Solfs Abschiedsgeß.

Berlin, 12. Dez. (Eig. Tel.)

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ feststellen konnte, befragt sich die von der „Kreuzzeitung“ gestern Abend verbreitete Mitteilung, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. Solf, sein Abschiedsgeß eingereicht habe. Eine Entscheidung darüber ist von der Regierung noch nicht getroffen worden.

